

Arbeitskreis Controlling der Städte und Gemeinden

PROTOKOLL

des achten Treffens
am Donnerstag, den 19. Januar 2006,
in der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 13.30 Uhr

Themen: "Haushaltskonsolidierung und Aufgabenkritik"
"Organisations- und Rechtsformen kommunaler Ausgliederungen"
"Aktueller Reformstand NKR in Schleswig-Holstein"

Tagesordnung

TOP1: Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung

TOP2: Vortrag „Haushaltskonsolidierung durch flexible Haushaltsführung in Produkthaushalten“ – Herr Prehls (Amt Ostholstein-Mitte)

TOP3: Vortrag „Rechtsformentscheidung am Beispiel des Gebäudemanagements der Stadt Husum“ – Herr Buhs (Stadt Husum)

TOP4: Vortrag „Aktueller Reformstand NKR in Schleswig-Holstein“ – Herr Dieckmann (Innovationsring NKR)

TOP5: Verschiedenes und weiteres Vorgehen

TOP1: Frau Bischof (InForM) begrüßt die Teilnehmer/innen und stellt die Tagesordnung sowie die zeitliche Planung vor. Sie verteilt zur Info Kopien aus dem aktuellen KGSt-INFO 01/2006, in dem „Internetseiten für kommunale Controller“ aufgelistet und kurz beschrieben sind.

>>> InternetseitenController im MAIL-ANHANG

TOP 2: Herr Prehls berichtet über das Modellprojekt „Budgetierung für kleine Gemeinden“ und in diesem Zusammenhang ausführlich über die Erprobung der flexiblen Haushaltsführung, das ab 1997 in den Gemeinden Kasseedorf, Schönwalde, beim Schulverband Bungsberg sowie im Amt Schönwalde durchgeführt wurde.

>>> Vortrag Prehls im MAIL-ANHANG

Aussprache und Diskussion zum Vortrag:

- Herr Prehls kommentiert in Hinblick auf die guten Ergebnisse des Projektes, dass diese Erfahrungen leider „5 Jahre zu spät“ kommen, da jetzt sowieso viel durch die Doppik neu geregelt wird.
- Auf Nachfrage hin berichtet Herr Prehls, dass es bezüglich des Vorgehens des Modellprojektes mit der Kommunalaufsicht keine Reibungspunkte gab.
- Herr Drews fragt, warum man sich nicht gleich für einen 2jährigen Haushalt entschieden habe. Er berichtet, dass dieses in Norderstedt so gehandhabt werde, dass allerdings die Flexibilität doch nicht so groß sei wie in dem berichteten Modellprojekt.
- Herr Manke aus Lübeck erkundigt sich nach der inhaltlichen Projektsteuerung. Kleine Haushalte seien nicht groß genug, um solche bzw. komplexe Steuerelemente aufzunehmen. Die Zielvorgabe sei zwar die Output-Orientierung gewesen, aber in der Pra-

xis erreiche man eine modifizierte Input-Steuerung. Im Rahmen der kleinen Haushalte könne nicht geleistet werden, sie seien zu klein, um Ziele umfassend zu definieren.

- **TOP 3:** Herr Buhs referiert über die Wahl der Rechtsform für das Gebäudemanagement der Stadt Husum. Grundlage für die Entscheidung war der budgetierte Haushalt in Husum. Gegen die Gründung einer GmbH sprach die Steuerpflichtigkeit dieser privatwirtschaftlichen Rechtsform, denn für alle Leistungen, die eine GmbH für die Stadt Husum erbringt, müsste z.B. Mehrwertsteuer gezahlt werden. Man habe sich für das „optimierte Amt“ entschieden und eine Projektorganisation Gebäudemanagement gebildet. Man wollte zum einen nicht schon zu Beginn große Anfangskosten haben, zum anderen sollte die Organisationsentwicklung gerade zu Beginn im Vordergrund stehen. Nach 3 Jahren sollen die Ergebnisse noch einmal der Politik zur Entscheidung vorgelegt werden.

>>> Vortrag Buhs im MAIL-ANHANG

Aussprache und Diskussion zum Thema:

- Herr Manke berichtet, dass man sich in Lübeck für den gleichen Weg bezüglich des Gebäudemanagements entschieden habe. Nach 4 Jahren soll die Entscheidung fallen, ob nicht doch statt des Regiebetriebes ein Eigenbetrieb gebildet werden soll. Die Bildung einer Eigengesellschaft (z.B. einer GmbH) sei schon gar keine ernsthaft zu diskutierende Alternative mehr, eben wegen der von Herrn Buhs genannten Gründe der hohen Anfangskosten und der Steuerpflichtigkeit.
- Ob für das Gebäudemanagement in Husum das Budgetprinzip gelte? Nein, denn das würde heißen, dass für jede Leistung eine Rechnung gestellt werden muss und das wäre ein hoher bürokratischer Aufwand.
- Herr Drews berichtet, dass Norderstedt das Gebäudemanagement ähnlich entwickelt habe. Schwierigkeiten gab es dabei mit dem „Mieter-Vermieter-Modell“. Man habe dann Budgets vergeben, was aber zur Folge hatte, dass z.B. die Schulen das Geld ausgaben, aber nicht unbedingt für Erhaltungs- und Baumaßnahmen. Herr Prehls berichtet in diesem Zusammenhang, dass sich eine genaue Rechnungsabgrenzung bewährt habe. Das Budget könne dann nämlich nur für bestimmte Zwecke eingesetzt werden. Herr Zwicker berichtet von einem ähnlichen Vorgehen, man habe für die Gebäudeerhaltung einen konstanten Betrag vorgesehen.
- Frau Tschirkow fragt, wie die Vorgabe der Politik, dass die Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung zu berücksichtigen sei, im Husumer Konzept berücksichtigt wurde. Herr Buhs berichtet, dass derartige Strukturen gerade aufgebaut werden, z.B. die Darlegung der Kostentransparenz etc. Frau Tschirkow fragt nach, ob es Stundenaufschreibungen gebe. Herr Buhs verneint dieses, Stundenaufschreibungen werden abgelehnt.
- Herr Teschke erkundigt sich nach einer Kosten-Leistungs-Rechnung für das Husumer Gebäudemanagement. Herr Buhs berichtet, dass in der Anfangsphase eine einfache Kostentransparenz durchgeführt werde, die Entwicklung stünde noch in den Anfängen. Herr Teschke berichtet, dass jetzt in Bargtheide die KLR den Erfolg der dort durchgeführten Maßnahmen zeigen soll.
- Zum Abschluss der Aussprache wird nach Erfahrungen mit der Rechtsform „Kommunalunternehmen“ gefragt. Frau Bischof berichtet, dass sie aus Flensburg von zwei sehr erfolgreich betriebenen Kommunalunternehmen gehört habe. Unter anderem gebe es dort das wohl erste Kommunalunternehmen, das in Schleswig-Holstein gebildet wurde, die „Flensburger Friedhöfe“. Bei den TeilnehmerInnen des Arbeitskreises liegen ansonsten keine konkreten Erfahrungen vor. Herr Teschke berichtet von Gesprächen mit Prof. H. in Niedersachsen, dieser prognostiziert, dass es bezüglich der privatwirtschaftlichen Ausgliederungsformen einen Rückkoppelungseffekt aufgrund der Einführung der Doppik geben würde.

TOP 4: Herr Dieckmann referiert über den aktuellen Reformstand des NKR in Schleswig-Holstein. Ziel sei immer noch, ab 2007 das Neue Rechnungswesen einzuführen. Das Innenministerium hat für die Einzelschritte einen neuen Zeitplan erstellt. Der Innovationsring NKR hat inzwischen die ersten Handlungsempfehlungen fertig gestellt und zwar zur „Vermögenserfassung und Bewertung“ sowie zum „Software-Einsatz/-Implementierung“. Beide können unter der Adresse www.nkr-sh.de herunter geladen werden.

>>> Vortag Dieckmann im MAIL-ANHANG

>>> Flyer Innovationsring NKR-SH im MAIL-ANHANG

Aussprache und Diskussion zum Thema:

- Herr Dieckmann berichtet, dass es mit der Veröffentlichung der Handlungsempfehlungen des Innovationsringes NKR viele Nachfragen zu einzelnen Aspekten gegeben habe, gerade auch kleine Kommunen würden nachfragen.
- Herr Teschke erzählt, dass die Handlungsempfehlungen sehr hilfreich sind und viel klären würden. Es sei allerdings bedauerlich, dass einige wenige Personen im Innenministerium durch ihre Entscheidungen viel in die falsche Richtung lenken.
- Herr Dieckmann kündigt an, dass die Ergebnisse der weiteren Teilprojekte im Mai 2006 fertig gestellt sein werden, wahrscheinlich werde das Teilprojekt „Aus- und Fortbildung“ sogar schon Ende März fertig sein.

TOP 5: Für das weitere Vorgehen des Arbeitskreises berichtet Frau Bischof von zwei Anregungen, die sie von TeilnehmerInnen des Ak entgegen genommen habe. Zum einen werde angeregt, die inhaltliche Planung und Organisation der Sitzungen in „eine Hand“ zu geben, d.h. eine Person zu benennen, die die Verantwortung übernimmt und Ansprechpartner ist. Herr Drews bietet an, dieses zu übernehmen, allerdings könne er dieses wegen einer längeren Abwesenheit nicht für die nächste Sitzung anbieten.

(Für die nächste Sitzung wird Herr Eisenbroich die Verantwortung übernehmen – dieses Angebot von Herrn Eisenbroich hat sich nach der Sitzung ergeben. G.Bischof).

Zum anderen wurde angeregt, zu den Einzelthemen für die Sitzung mehrere Positionen bzw. Vorgehensweisen z.B. von Kommunen unterschiedlicher Größenordnung vorzubereiten. Das würde die Diskussion beleben und unterschiedliche Erfahrungen berücksichtigen.

Für die thematische Planung der weiteren Sitzungen erfragt Herr Drews neue Vorschläge aus dem Plenum. Die Favorisierung durch Abstimmung per Handhebung ergibt folgendes Resultat:

- Kosten- und Leistungsrechnung für ein Amt – Ja oder Nein? → 5 Meldungen
- Verwaltungsstrukturreform → 12 Meldungen
- Handlungsempfehlungen NKR:
 - Technik des Neuen Rechnungswesens → 3 Meldungen
 - Vermögenserfassung und –bewertung → 7 Meldungen
 - Modellrechnung zur Auswirkung, z.B. von Finanzgefüge zwischen Kreisen und angehörigen Gemeinden → 9 Meldungen
- Zusammenarbeit Controlling und Statistik → 6 Meldungen
- Das Thema Doppik bleibt ein ständiger TOP auf der Agenda des Arbeitskreises.

Beschluss: Die nächste Sitzung des Arbeitskreises wird nach der Sommerpause stattfinden (September 2006). Themen werden sein:

- Verwaltungsstrukturreform
- Neuester Stand NKR
- Vermögenserfassung und –bewertung
- Modellrechnung zur Auswirkung (z.B. Finanzgefüge zwischen Kreisen und angehörigen Gemeinden)